

Die Parteigruppe Treptow-Köpenick der DKP-Berlin hat am 25.09.2019 folgende Erklärung gegen die Entschließung [2019/2819\(RSP\)](#) des EU-Parlaments verfasst.

1. Mit der Resolution vom 19.9.2019 (Link und vollständiger Text s.u.) ist eine neue Qualität der antikommunistischen Kampagnen mit ihrer Propaganda erreicht, eine offiziell verbindliche und definitorische nämlich, die unmittelbar eine neue Etappe der Verfolgung, der Verbote und der Ausschaltung einleitet.
2. Diese neue Qualität ordnet sich ein in die allgemeine Verschärfung der gegenwärtigen Krise und folglich des gegenwärtigen Kampfes, den die herrschende Klasse der Bourgeoisie gegen die beherrschten, arbeitenden und prekarierten Klassen führt.
3. Diese Phase ist eine der aggressiven Expansion des Imperialismus und leitet über in die offensichtlichen Angriffsvorbereitungen zu einem neuen, größeren Krieg: dessen Ziel wird deutlich benannt und angesprochen.
4. Diese Resolution dient mit ihren verwirrenden Verfälschungen, Um- und Verdrehungen inmitten einer Melange schön tönender Ansprüche mit absurdesten Diffamierungen besonders der Verschleierung der realen Vorhaben, die damit eingeleitet werden.
5. Es wird klar, dass die potentiellen Gegner, Kritiker und Widerstandsleistenden gegen die Vorhaben und die Praxis der EU ausgeschaltet werden sollen - und das mit bedenkenlosem Einverständnis und der Duldung der gehirngewaschenen Völker.
6. Die Gefahr unserer Delegitimation, Verfolgung und Illegalisierung ist durch den Text und die bewusst widersprüchliche, dehbare und schwammige Formulierung der Resolution absehbar - um von möglichen Gerichtsverfahren und Strafen wegen Verwendung kommunistischer Symbole, Verbreitung kommunistischer Inhalte usw. hier gar nicht erst anzufangen...
7. Außer der Aufforderung, entsprechende Gesetze, Verbote und weitere praktische Maßnahmen der Ausmerzung einzuleiten, kündigt die Resolution als Regierungsbehörde dafür politische Wertschätzung und umfassende finanzielle Unterstützung den Regierungen der EU an und macht dieses Angebot auch Regierungen, die noch nicht zur EU gehören.

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. September 2019 zur Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas ([2019/2819\(RSP\)](#))